

Für Esslingen in Berlin!

**Markus Grübel berichtet
aus dem Deutschen Bundestag**



Themen der Woche (29. Mai - 02. Juni 2017)

- 1. Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen**
- 2. Stärkung der Betriebsrenten**
- 3. Förderbescheide für Breitbandausbau in Esslingen und Lichtenwald**
- 4. Schülerin aus Altbach bei „Jugend und Parlament“**

1. Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Im Zentrum der Sitzungswoche stand die grundlegende Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Nach intensiven Beratungen haben wir eine Einigung gefunden und stellen nun die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern auf eine neue Grundlage und schließen damit eines der wichtigsten Reformvorhaben dieser Koalition ab!

Mit einem umfangreichen Gesetzgebungspaket, zu dem auch Grundgesetzänderungen gehören, erhöhen wir die finanzielle Planungssicherheit in Bund und Ländern von 2020 bis mindestens 2030. Dabei steht für uns die gesamtstaatliche Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit im Vordergrund dieser Reform.

Was ändert sich?

1. Unterschiede in der Finanzkraft der Länder werden zukünftig nicht mehr durch einen horizontalen Finanzausgleich untereinander abgedeckt, sondern über die Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Ergänzend erklärt sich der Bund zu einer jährlichen zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Im Gegenzug konnten wir strukturelle Verbesserungen im Bund-Länder-Verhältnis erreichen. So wird der Stabilitätsrat gestärkt, indem er die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene überwacht.

2. Im parlamentarischen Verfahren haben wir dem Bund einen größeren Einfluss auf die Ausgestaltung der Länderprogramme zur Verwendung der Bundesmittel gesichert. Zudem stärken wir die Weisungsmöglichkeiten des Bundes beim Steuervollzug und machen somit den Vollzug im Finanzwesen effizienter. Wir schaffen außerdem mit einer neuen Bundeskompetenz die Grundlage für ein Bürgerportal, mit dem die Dienstleistungen von Bund und Ländern digital leicht erreichbar sein werden.

3. Autobahnen sind für uns als starke Wirtschaftsnation wichtige Lebensadern. Um Planung, Bau, Betrieb und Erhalt der Autobahnen künftig effizienter und schneller zu gestalten, übertragen wir diese Aufgaben von 16 Ländern auf den Bund. Dort schaffen wir eine Infrastrukturgesellschaft, die ab 2021 die genannten Aufgaben übernimmt. Wir sichern den über 10.000 Beschäftigten einen guten Übergang zum Bund zu und werden auf ihre Bedürfnisse bei diesen Veränderungen achten.

4. Wir reformieren in diesem Paket zudem den Unterhaltsvorschuss, eine besondere Hilfe für alleinerziehende Männer und Frauen und ihre Kinder. Wir erweitern diese Unterhaltsleistung auf die betroffenen Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, es kommen also die 12- bis 17-Jährigen als neue Anspruchsberechtigte hinzu.

5. Schließlich schaffen wir die Grundlage dafür, dass der Bund finanzschwachen Kommunen Fi-

nanzmittel für die Schulen zur Verfügung stellen kann. An der Kernzuständigkeit der Länder für das Bildungswesen ändert sich damit nichts, aber wir wollen in einem für die Zukunft unseres Landes wichtigen Bereich gezielte Hilfen ermöglichen, die Kindern zugutekommen. Als Land ohne Rohstoffe sind kluge Köpfe unsere Zukunft.

2. Stärkung der Betriebsrenten

Ein weiteres zentrales Thema war in der vergangenen Sitzungswoche die Altersvorsorge. Wir haben in dieser Legislaturperiode bereits viel zum Thema Rente umgesetzt. Jetzt stärken wir mit der Betriebsrente das Zusammenspiel von gesetzlicher Rentenversicherung und ergänzender Altersvorsorge. Derzeit haben rund 60 % der Arbeitnehmer in Deutschland Anspruch auf eine Betriebsrente. Mit Zuschüssen und Steuervorteilen erhöhen wir die Bereitschaft zur ergänzenden Sicherung des Alterseinkommens.

Insbesondere Geringverdiener profitieren vom neuen Betriebsrenten-Förderbetrag. Bei Einkommen bis zu 2.200 Euro brutto im Monat bezuschussen wir einen Arbeitgeberbeitrag zur Betriebsrente von bis zu 480 Euro im Jahr mit bis zu 144 Euro. Für Geringverdiener wird eine Betriebsrente attraktiver, weil bis zu 200 Euro im Monat nicht mehr mit der Grundsicherung im Alter verrechnet werden. Wer vorsorgt, bekommt mehr. Auch der staatliche Zuschuss zur Riester-Rente steigt um 21 Euro auf 175 Euro pro Jahr.

In Zukunft soll die betriebliche Altersversorgung zusätzlich über Tarifverträge ausgebaut werden. Die Arbeitnehmer sollen, begrenzt auf ein neues Sozialpartnermodell, auf eine Garantie verzichten, wie hoch die Betriebsrente am Ende ausfällt. Den Beschäftigten wird stattdessen eine Zielrente angeboten. Die neue Betriebsrente ohne Garantien ist ein Vertrauensvorschuss an die Tarifvertragspartner, an Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Es ist jetzt ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass das Vertrauen in die Sicherheit des neuen Modells gerechtfertigt bleibt.

Es ist wichtig, dass sich kleine, nicht-tarifgebundene Betriebe dem neuen Modell anschließen können und dass es gut funktionierende, bestehende Betriebsrentensysteme nicht verdrängt.

3. Förderbescheide für Breitbandausbau in Esslingen und Lichtenwald

Die vergangene Sitzungswoche hat mit einem besonders schönen Termin für meinen Wahlkreis begonnen. Im Verkehrsministerium überreichte mir am Montag mein Kollege Enak Ferlemann, parlamentarischer Staatssekretär im Verkehrsministerium, stellvertretend für die Gemeinde Lichtenwald die Urkunde über den Förderbescheid für den Breitbandausbau in Lichtenwald. Für die Stadt Esslingen, die ebenfalls einen Förderbescheid erhielt, nahm Marius Osswald die Urkunde entgegen. Kommunen und Landkreise mit unterversorgten Gebieten erhalten bis zu 50.000 Euro Förderung aus dem

milliardenschweren Bundesprogramm für superschnelles Breitband, um Ausbauprojekte für schnelles Internet zu planen und Antragsunterlagen für eine Bundesförderung dieser Projekte zu erstellen.

Mit dem Bundesprogramm erhalten unterversorgte Gebiete einen Netzzugang von mindestens 50 Mbit pro Sekunde. Ich freue mich sehr über die finanzielle Zuwendung für Esslingen und Lichtenwald!



Parl. Staatssekretär Enak Ferlemann mit Markus Grübel bei der Übergabe der Förderbescheide im BMVI

4. Schülerin aus Altbach bei „Jugend und Parlament“

Vom 27. Bis zum 30. Mai fand im Bundestag die Veranstaltung „Jugend und Parlament“ statt. 315 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet stellten in einem Planspiel das parlamentarische Verfahren nach. Aus meinem Wahlkreis nahm in diesem Jahr Leonie Meyer aus Altbach daran teil. Gemeinsam mit den anderen Teilnehmern übernahm sie für vier Tage die Rolle einer Abgeordneten und musste über vier Gesetzesinitiativen mitberaten.



Leonie Meyer und Markus Grübel vor der Fraktionssitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Zur Debatte standen dabei Entwürfe zur Festschreibung von Deutsch als Landessprache im Grundgesetz, zur Einführung bundesweiter Volksabstimmungen, zur Ausweitung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an einer EU-geführten Militäroperation im fiktiven Staat Sahe-
lien sowie zur Verbesserung des Tierschutzes in der Landwirtschaft. Die Jugendlichen lernten dabei auf spielerische Art und Weise die Arbeit der Abgeordneten kennen – in Landesgruppen, Fraktionen, Arbeitsgruppen und Ausschüssen.

Die Veranstaltung ist ein gutes Instrument, um jungen Menschen Politik „schmackhaft“ zu machen. Die Jugendlichen können dabei außerdem lernen, wie man überzeugend argumentiert und den eigenen Standpunkt gegen Widerstand durchsetzen kann.